

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse

des Jugend- und Sozialausschusses

vom 27.06.2023

Sitzung: Öffentlich

Beginn: 18:01 Uhr

Ende: 19:18 Uhr

Zahl der Mitglieder des Ausschusses: 12

Anwesend: Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender

und 8 Mitglieder

Anwesend:

StR'in Kutteroff
StR Degler
StR Rupp
StR Gül
StR'in Kirschbaum
StR'in Konrad
StR'in Sturm
StR'in Täpsi-Kleinpeter

Abwesend:

StR Lachenmaier
StR Scheib
StR Dr. Schweizer
StR Demir

Außerdem anwesend:

Frau Wüllenweber
Herr Wolf
Herr Zipf
Frau Nordheim

Beratende Mitglieder:

Herr Simon
Herr Harm
Herr Türk
Herr Schwarz
Frau Papadopoulou

Zur Beurkundung

**Erster Bürgermeister
Setzer:**

Für den Ausschuss:

Schriftführer:

Tagesordnung

- § 7 Erhöhung der Zuschüsse für das neue Tageselternhaus ab 01.01.2024
- § 8 Anträge der Fraktionen/Stadträte
- § 9 Sachstand Gruppenaufteilung Migrationsanteil in Kitas
Beantwortung des Antrages Nr. AN/308/19 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- § 10 Berichte der beratenden Mitglieder aus den Bereichen a) Senioren b) Jugend c) Migranten

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Jugend- und Sozialausschusses am 27. Juni 2023 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 8 Stadträte; Normalzahl 12
---	---

§ 7

Erhöhung der Zuschüsse für das neue Tageselternhaus ab 01.01.2024

Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber und Herr Zipf stellen den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage vor:

Die Kindertagespflege stellt seit Jahren eine wichtige Säule im Bereich der Kindertagesbetreuung dar. Diese setzt sich aus der Betreuung durch Tagesmütter im Privathaushalt (Tageselternvermittlung) und der Betreuung von Kindern durch Tagesmütter im Tageselternhaus selbst (sog. TigeR-Gruppen) zusammen.

Insbesondere beim Ausbau der Betreuungsangebote von Kindern unter drei Jahren kommt der Kindertagespflege eine große Bedeutung in Baden-Württemberg zu, der sich auch in der Stadt Backnang deutlich bemerkbar macht.

Im Rahmen der Vorstellung der Kita-Bedarfsplanung 2019/2020 wurde daher mit Gemeinderatsbeschluss vom 6. Dezember 2018 die Verwaltung beauftragt, bei Bedarf das Angebot in der Tagespflege zu erweitern.

Zum damaligen Zeitpunkt wurden zum Stichtag 1. Juli 2018 in der Tageselternvermittlung 45 Kinder unter drei Jahren und 22 Kinder über drei Jahren betreut. Im Tageselternhaus betreuten die Tagesmütter in zwei TigR-Gruppen jeweils sieben Kinder über und unter drei Jahren.

Es wurde festgestellt, dass der Bedarf insbesondere bei den unter Dreijährigen das Angebot übersteigt und eine Aufstockung der TigeR-Gruppen von zwei auf vier Gruppen sinnvoll ist.

In 2022 wurden alleine im U3-Bereich 96 Kinder in der Tagespflege betreut. Aktuell stehen dort bis zu 15 Kinder auf der Warteliste für die zeitnah kein Platz angeboten werden kann.

Eine Ausweitung des Angebotes vor Ort war räumlich nicht möglich. Es musste sogar mittlerweile aus Eigenbedarfsgründen auf eine Gruppe für Kinder unter drei Jahren reduziert werden. Die

Gruppe für über Dreijährige ist somit derzeit nicht im Betrieb. Das vollständige Angebot der Tagespflege einschließlich der Erweiterung um mittlerweile wieder drei Gruppen auf insgesamt vier TigeR-Gruppen soll daher zum 1. Januar 2024 in dem gegenwärtig im Bau befindlichen Gebäude Mühlstraße 11 in Backnang dargestellt werden. Aufgrund des derzeitigen Bedarfs wird angestrebt, im neuen Gebäude die vier TigeR-Gruppen dann für U3-Kinder anzubieten. Dadurch werden insgesamt 21 neue Plätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen.

Die Zustimmung des Aufsichtsrates der Städtischen Wohnbau zu diesem Projekt erfolgte im Sommer 2020.

Zusammengefasst sprechen für das Tageselternhaus in der Mühlstraße 11 folgende Punkte:

- Zentrales flexibles und gut erreichbares Angebot für die Familien in Backnang
- Fußläufig zu erreichendes Angebot für die Familien im Bezirk
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Ausbildungsmöglichkeiten und Berufsmöglichkeiten für die Bewohner
- Aufwertung des Bezirks

Zu 1.) Der Verein Kinder- und Jugendhilfe Backnang e.V. erhält jährlich einen Zuschuss in Höhe von 55.000 Euro zuzüglich Mietzuschuss (12.000 Euro) für den Betrieb des bisherigen Tageselternhauses mit zwei TigeR-Gruppen mit bis zu 14 Kindern.

Für das neue Tageselternhaus verdoppelt sich die Zahl der TigeR-Gruppen, so dass insgesamt vier Betreuungsgruppen für Kinder unter drei Jahren mit insgesamt 28 Plätzen entstehen. Der Verein beantragt daher die Aufstockung des bisherigen Zuschusses von 55.000 Euro auf 110.000 Euro.

Zu 2.) Der Verein Kinder- und Jugendhilfe Backnang e.V. mietet die insgesamt vorhandenen sechs Einheiten in dem Gebäude Mühlstraße 11 voraussichtlich ab dem 1. Januar 2024 von der Städtischen Wohnbau Backnang GmbH an. Die Einheiten 1-4 im EG mit 148,45 qm und OG mit 168,92 qm, sowie die Büro-Einheit 6 im DG mit 73,02 qm werden für die Betreuung der vier TigeR-Gruppen sowie als Büro für das Tageselternhaus und der damit verbundenen Aufgaben genutzt. Für diese fünf Räumlichkeiten erhält der Verein einen 100%igen Kaltmietkostenzuschuss. Nach Mitteilung der Städtischen Wohnbau Backnang GmbH beträgt die Kaltmiete zum derzeitigen Baukostenstand 18,50 Euro/qm, also 86.676 Euro/Jahr insgesamt.

Die Kaltmiete für die Einheiten des Tageselternhauses kann noch variieren, da das Tageselternhaus noch nicht fertiggestellt und abgerechnet ist.

Die Kaltmiete für den Holzhybridneubau in KFW 55 Standard ist aufgrund der gestiegenen Bau- und Finanzierungskosten und den besonderen Brandschutzauflagen marktüblich. Das neue Tageselternhaus profitiert zudem durch die Aufwertung des nahen gelegenen Kinderspielplatzes. Insgesamt kann damit eine zeitgemäße Kinderbetreuung in einem Gebäude aus nachhaltigen Baustoffen angeboten werden.

Der bisherige Mietzuschuss in Höhe von 12.000 Euro beruhte auf einer Einigung zwischen der Stadt Backnang und dem Verein für Kinder- und Jugendhilfe Backnang e.V. aus dem Jahr 2014, wodurch die Fläche auf 100 qm begrenzt und ein Quadratmeterpreis von 12 Euro angesetzt wurde.

Neues TEH in der Mühlstr. 11

Mietkosten (kalt) ab 1. Januar 2024

Räumlichkeit	qm-Kaltmiete in Euro	Fläche in qm	Kaltmiete/Monat in Euro	Kaltmiete/Jahr in Euro
Gruppe 1 EG (TEH; Betreuung, 100% Mietkostenzuschuss Stadt)	18,50	76,03	1.407,00	16.884,00
Gruppe 2 EG (TEH, Betreuung, 100% Mietkostenzuschuss Stadt)	18,50	72,42	1.340,00	16.080,00
Gruppe 3 OG (TEH, Betreuung, 100% Mietkostenzuschuss Stadt)	18,50	96,43	1.784,00	21.408,00
Gruppe 4 OG (TEH, Betreuung, 100% Mietkostenzuschuss Stadt)	18,50	72,49	1.341,00	16.092,00

Gruppe 6 DG (TEH Büro, 100% Mietkostenzuschuss Stadt)	18,50	73,02	1.351,00	16.212,00
Gesamt- Mietkostenzuschuss Stadt		390,39	7.223,00	86.676,00

Herr Zipf ergänzt, es gebe Schwierigkeiten hinsichtlich der Baupreise, da hier eine Erhöhung um 20 % herrsche. Auch die Finanzierungskosten seien viermal höher, man habe sich allerdings eine Finanzierung mit 3 % gesichert. Weiter habe man Zuschüsse beantragt, diese aber nicht erhalten. Durch die Erweiterung des Spielplatzes, sowie den Rückbau des Zauns könne man die geplanten Mieten nicht einhalten.

Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber meint die Finanzierung sei mit 80 % gedeckelt und das Tageselternhaus laufe eigentlich über das Juze. Der Zuschuss sei seit 2011 verdoppelt worden.

Stadträtin Täpsi-Kleinpeter fragt, ob eine Finanzierung über die Stadt sinnvoller sei als über die Städtische Wohnbau wegen eventuell besserer Zinskonditionen. Sie führt aus, die Zuständigkeit für die Kitas liege bei der Stadt und ob es hier eine Rückerstattung durch den Landkreis gebe.

Stadträtin Kutteroff meint, es sei ein hoher Betrag, aber eine flexible Angelegenheit durch die Kinderbetreuung. Der Mietzuschuss sei relativ hoch im Hinblick auf den Mietspiegel.

Herr Zipf erklärt, bei der Finanzierung durch die Städtische Wohnbau GmbH ergebe sich kein Nachteil im Vergleich zu der Finanzierung durch die Stadt. Er meint, ursprünglich sei der Abriss des Gebäudes in der Mühlstraße und der Bau eines Wohnkomplexes geplant gewesen, man werde hier allerdings zunächst die Nutzung anstreben und sobald kein Bedarf mehr bestehe die Räume später zu Wohnung umrüsten. Das gebe Flexibilität. Er führt aus, der Mietpreis in Höhe von 18,50 Euro sei hoch, allerdings müsse man beachten, dass das Objekt aufgrund des Brandschutzrechts ein Sonderbau sei. Man habe hier Auflagen, welche man einhalten müsse und dadurch habe man mehr Ausgaben als bei einem Wohnbau. Er fügt noch hinzu, dass ein Immobilienpreis in Höhe von 17 Euro normal sei.

Der Vorsitzende stellt fest, der Wohnbau sei zum Erliegen gekommen. Es gebe keine Förderung, trotz der Höhe der Kosten, obwohl es kein Luxus, sondern ausschließlich Nachhaltigkeit sei.

Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber erklärt, dass die Unterzeichnung des Mietvertrags durch den Träger keine finanzielle Vor- oder Nachteile zur Stadt habe. Sie weist außerdem darauf hin, dass es für die Tagesbetreuung der Tigergruppen keine Investitionszuschüsse gebe, da hier keine FAG-Zuweisung vorliege.

Stadträtin Täpsi-Kleinpeter stimmt dem zu, mahnt allerdings, es werde noch mehr Bedarf geben. Sie schlägt vor, man könne den Leerstand sinnvoll für Tageshäuser nutzen und fragt an, ob dies rechtlich erlaubt sei.

Der Vorsitzende gibt die Frage, ob es Vorgaben durch die KVJS gebe, an die Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber weiter.

Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber antwortet, es gebe vom Landkreis Vorgaben. Meint aber, man könne die Räume später zu Wohnung umstellen und merkt an, sie sei zuversichtlich.

Stadträtin Kutteroff möchte wissen, ob es für U1-Kinder einen Rechtsanspruch für Betreuung gebe. Außerdem finde sie die Brandschutznachrüstung durch Holzbau zu teuer. Sie denkt, in Zukunft werde noch mehr Betreuungsraum benötigt und man dürfe die Lösungen nicht zu kompliziert gestalten.

Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber teilt mit, es gebe hier keinen Rechtsanspruch. In SGB VIII sei festgesetzt, die Kommunen seien lediglich aufgefordert Plätze zur Verfügung zu stellen auch im Schulkindalter, der Bedarf müsse aber nachgewiesen werden.

Herr Zipf erläutert, die Mehrkosten des Sonderbaus seien auch die die Außenanlage entstanden. Auch die baulichen Maßnahmen, wie der Einklemmschutz, seien zu berücksichtigen.

Der Vorsitzende ergänzt, viele Maßnahmen zur Nachhaltigkeit würden sich summieren.

Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag.

Der Jugend- und Sozialausschuss

empfiehlt

dem Gemeinderat einstimmig:

1. Der Zuschuss für das neu errichtete Tageselternhaus, betrieben durch den Verein Kinder- und Jugendhilfe Backnang e.V., wird von derzeit 55.000 Euro auf 110.000 Euro erhöht.

2. Der Mietkostenzuschuss wird von 12.000 Euro auf 86.676 Euro erhöht (vorbehaltlich Änderungen nach Vorlage sämtlicher Baukosten).

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Jugend- und Sozialausschusses am 27. Juni 2023 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 8 Stadträte; Normalzahl 12
---	---

§ 8

Anträge der Fraktionen/Stadträte

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Jugend- und Sozialausschusses am 27. Juni 2023 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 8 Stadträte; Normalzahl 12
---	---

§ 9

Sachstand Gruppenaufteilung Migrationsanteil in Kitas

Beantwortung des Antrages Nr. AN/308/19 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber stellt den Sachverhalt anhand einer Präsentation vor (siehe Anlage).

Stadtrat Gül erklärt, der Antrag sei damit erledigt, fragt allerdings wieso im Waldkindergarten bei einer Belegung von 80 % Kindern mit Migrationshintergrund kein Kolibri angeboten werde. Zum Programm „Schulreifes Kind“ möchte er mehr Informationen und meint, das sei nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund gedacht. Er fragt an, ob dies ein Testprogramm gewesen sei. Weiter möchte er wissen, wieso im Kindergarten Sommerrain nur ein Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund von 30 % sei.

Stadträtin Täpsi-Kleinpeter teilt mit, sie finde die Definition „mit Migrationshintergrund“ schwierig wegen der Personen mit langjährigem Deutschland-Aufenthalt. Andersrum gebe es auch Späteinsiedler, welche nicht integriert seien. Sie finde die Gruppenmischung interessant und bedankt sich für die Ausführung der Stadtverwaltung.

Stadträtin Kutteroff bedankt sich ebenfalls und erklärt, dass ein Migrationshintergrund nicht gleich bedeute, dass es eine Sprachbarriere geben müsse. Sie erklärt, auch Deutsche seien davon betroffen. Man solle das Miteinander und den Sozialraum fördern und man solle die Ausführungen als Information sehen und nicht überbewerten.

Der Vorsitzende stimmt Stadträtin Kutteroff zu und meint ein differenziertes Bild sei wichtig.

Migrantinnenvertreterin Papadopoulou gibt an, sie habe Interesse daran die Statistik auf das Personal auszuweiten und meint, es sei eine Unterstützung durch Personal mit Migrationshintergrund. Sie möchte wissen, ob dies bei der Personalfindung berücksichtigt

werde.

Migrantenvertreter Türk möchte wissen, was die Intention für diesen Antrag war. Er stimmt Stadträtin Kutteroff zu und möchte wissen, wie die Rückmeldungen der Erzieherinnen hinsichtlich der Sprachentwicklung sei. Er gibt weiter zu bedenken, dass auf den allgemeinbildenden Schulen viele Schulabbrüche auch durch „Urdeutsche“ erfolgen.

Der Vorsitzende erklärt, dass diese Frage durch die Diskussion im Ausschuss beantwortet sei.

Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber meint, man könne dies durch die Impressionen zeigen. Der spezielle Bedarf werde immer geprüft und die Maßnahmen seien nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund, sondern vielmehr für alle. Sie führt weiter aus, dass bei Vorstellungsgesprächen Interkulturelle Kompetenz immer Thema sei. Auf die Frage von Stadträtin Täpsi-Kleinpeter antwortet sie, das Deutschlernen hänge nicht nur an einem. Man gehe auf Anfragen ein und nehme Elternwünsche wahr. Sie meint, es gebe eine prozentuale Steigerung je weiter man vom Stadtkern entfernt sei. Sie erklärt, dass die Kita Berliner Ring erst gestartet sei, daher gebe es hier noch keine Maßnahmen. Entsprechende Änderungswünsche kämen immer aus den Einrichtungen. Man müsse hier beachten, dass der Prozentanteil nicht ausschlaggebend sei. Zum Thema „Schulreifes Kind“ führt sie aus, es sei ein, vor 10 Jahren gestartetes, Pilotprojekt im Kiga Ekartsklinge mit der Plaisir gewesen. Dies sei ein landesweites Projekt aufgrund der vorgezogenen Einschulungsuntersuchung gewesen.

Stadtrat Gül möchte wissen, ob das in allen Kindergärten durchgeführt werde.

Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber antwortet, dies sei nur an der Ekartsklinge so. Die Einschulungsuntersuchung allerdings erfolge überall.

Stadtrat Gül teilt mit, die Intention des Antrags sei gewesen, dass man die Gruppenaufteilung mischen solle und um die Verteilung der Gruppen sehen zu können. Er erklärt nochmals, dass der Antrag mit den Ausführungen der Stadtverwaltung erledigt sei.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Jugend- und Sozialausschusses am 27. Juni 2023 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 8 Stadträte; Normalzahl 12
---	---

§ 10

Berichte der beratenden Mitglieder aus den Bereichen a) Senioren b) Jugend c) Migranten

a) Senioren

Herr Schwarz berichtet, die Senioren seien zu einem Vortrag der Volksbank und Kreissparkasse über die Erledigung der Bankgeschäfte eingeladen worden. Hierbei habe man auch über die Reduzierung und Leerung der Bankbriefkästen sowie die Möglichkeit des Online-Bankings gesprochen. Dies werde man auch im Seniorenkurier veröffentlichen. Dies sei auch beim Seniorenbüro als PDF erhältlich. Er informiert weiter, dass ein Ausflug zur Landesgartenschau am 5.07.2023 anstehe. Hier gebe es bereits 45 Anmeldungen, es seien aber noch Restplätze frei. Die Kosten betragen zwischen 18 – 20 Euro.

Der Vorsitzende möchte die Voraussetzungen für eine Teilnahme wissen.

Sozial- und Kulturdezernentin Wüllenweber antwortet, der Ausflug sei nur für Senioren. Diese Veranstaltung diene der Vernetzung.

Herr Schwarz informiert über den Vortrag zum Thema Gedächtnistraining und die Veranstaltung zum Thema Enkeltrick in Verbindung mit einer Theateraufführung. Weiter informiert er über die anstehenden Veranstaltungen welche im Seniorenwegweiser zu finden seien. Dieser sei kurzgehalten und nehme Bezug auf die vorhandenen Broschüren. Er erklärt weiter, Frau Baum habe nachfolgend notiert:

- Bildungssport
- Versorgung zuhause
- Kurzzeitpflege
- Finanzielle Leistungen

- Verfügungen

- Nette Toilette

Herr Schwarz führt weiter aus, er habe sich mit Herrn Merz aus Weissach hinsichtlich der Fahrdienste von Bürgerbussen in Verbindung gesetzt. Unter anderem im Aspach, Murrhardt und Waiblingen gebe es eine Abholung bei medizinische Einrichtungen für Personen ab 60 Jahren mit einer Voranmeldung. Hierbei gebe es zwei Grundmodelle. Es gebe eine enorme Nachfrage, daher möchte er wissen, welche Lösung es für Backnang gebe. Auch teilt er mit, dass die kommenden Termine feststehen:

- 11.09. Fahrt zum Landtag

- Ausschreibung für Wahl der Seniorenvertreter

b) Jugend

Jugendvertreter Harm berichtet, man wolle die Öffentlichkeitsarbeit besser und einheitlicher gestalten. Er meint, nur durch Professionalität könne man eine gute Außenwirkung erzielen. Er teilt mit, der Medienflohmarkt auf dem Tulpenfrühling habe stattgefunden, sowie die Eröffnung des Skateparks im April, welche gut angenommen wurde. Hier habe man Aufkleber drucken und auf dem Straßenfest auslegen lassen. Man habe außerdem die Umfrage „Backnang verbindet“ für die Umfrage an Schulen mitgestaltet. Zum Thema „Kulturpass“ kritisiere er aber, dass es hier eine willkürliche Beschränkung auf den Jahrgang 2005 gebe und dies werde man in einem offenen Brief thematisieren.

c) Migranten

Migrantenvertreter Türk führt aus, es habe ein Netzwerktreffen „Integration“ gegeben. Hier seien die Vertreter Mitglieder. Man sei zu diesem Thema bereits im Austausch mit Oberbürgermeister Friedrich und Verwaltungsdezernent Mäule. Weiter kritisiere er den Ablauf in der Ausländerbehörde unter anderem hinsichtlich der Wartezeiten. Er informiert weiter, dass ein Treffen des Rates anstehe, in dem man die Interkulturelle Woche organisieren werde.

Der Jugend- und Sozialausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.